

Sitzungsniederschrift

14. Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungsort: Forum der Friederikenschule Großheide, Thünerweg 1, 26532 Großheide		
Sitzungsdatum: 18.02.2020	Sitzungsbeginn: 15:00 Uhr	Sitzungsende: 17:35 Uhr

Mitglieder / Anwesende	Fraktion / Gruppe	Funktion Anmerkung
Vorsitz		
Behrends, Kuno	SPD	
Mitglieder		
Biller, Anita	SPD	
Feldmann, Julia	SPD	
Harm-Rehrmann, Angela	SPD	
Reinders, Hermann	CDU	Vertretung für Herrn Theo Frerichs
Tammen, Harald	CDU	
Ubben, Hilde	AKSB	
Grundmandat		
Bracklo, Agnes	BWM	
Jeromin-Oldewurtel, Beate	GRÜNE	Vertretung für Frau Angelika Albers
Warmulla, Reinhard	DIE LINKE.	
Stimmberechtigte Mitglieder		
Farny-Carow, Maike		
Higgen, Janna		
Pansegrau, Ute		
Beratende Mitglieder		
Grensemann, Monika		
Störiko, Andrea, Dr.		
Voß, Werner		
Wunsch, Jutta		

Nicht anwesend:**Mitglieder**

Frerichs, Theo CDU

Hoffmann, Gerhard FW

Stauß, Detlef AfD

Grundmandat

Albers, Angelika GRÜNE

Stimmberechtigte Mitglieder

Eiben, Florian

Meyer, Franziska

Rinschede, Klaus

Beratende Mitglieder

Alberts, Manuela

Focken, Ewald Bediensteter des Jobcenters

Gronewold, David

Hohensee, Maren

Jelden, Frauke

Pollmann, Günter

Steuer, Markus

Tobiassen, Bernd

Tranel, Martin

Watermann, Kyra

TagesordnungÖffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 28.11.2019
5. Einwohnerfragestunde
6. Vorstellung der durch die Gemeinde Großheide angebotenen lerntherapeutischen Angebote
7. Vorstellung der Fachplanung "Erziehungsberatungsstellen im Landkreis Aurich"

8. Beschluss über die Neufassung der Richtlinie zur Vollzeitpflege gem. § 33 SGB VIII
Vorlage: IX/2020/044
 9. Sachstandsbericht zur Neufassung der Tagespflegegesetzung
 10. Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 04.02.2020; Verbesserung der Vergütung in der Kindertagespflege
Vorlage: IX-AF/2020/003
 11. Mitteilungen der Verwaltung
 12. Verschiedenes, Wünsche, Anregungen
 13. Einwohnerfragestunde
 14. Schließung der Sitzung
-

Öffentlicher Teil:

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnete um 15.07 Uhr die 14. Sitzung des Jugendhilfeausschusses und hieß alle Anwesenden willkommen.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende stellte fest, dass der Ausschuss ordnungsgemäß geladen wurde und das Gremium beschlussfähig ist.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Zunächst begrüßt **der Vorsitzende** den Bürgermeister der Gemeinde Großheide Fredy Fischer und den Schulleiter der Friederikenschule Herrn Edzard Bartsch und bedankt sich für die Einladung.

Der Ausschuss stimmte der Tagesordnung in der durch die Sitzungseinladung dargestellten Reihenfolge zu.

TOP 4 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 28.11.2019

Die Niederschrift der Sitzung vom 28.11.2019 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 7 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 3
➔ **einstimmig beschlossen**



TOP 5 **Einwohnerfragestunde**

Wortmeldungen oder Fragen lagen nicht vor.

TOP 6 **Vorstellung der durch die Gemeinde Großheide angebotenen lerntherapeutischen Angebote**

Der EGR Meins (Gemeinde Großheide) stellt sich als Koordinationsverantwortlicher der Gemeinde Großheide vor. Das Angebot der lerntherapeutischen Leistungen durch die Gemeinde kann insbesondere wegen eines privaten Spenders vorgehalten werden. Die Angebote existieren seit 2013, ursprünglich auf Basis eines vom Land Niedersachsen finanzierten Projektes. Von ursprünglich 0,5 VZÄ ist der Mitarbeiterstamm auf 1,5 gewachsen. Die neben Frau Drieschner im Rahmen der lerntherapeutischen Angebote tätigen Mitarbeiter sind Herr Torsten Grensemann und Frau Nicole Koop, die beide als Erzieher in der der Gemeinde Großheide tätig sind.

Die Gemeinde Großheide wirkt aktiv dem Fachkräftemangel durch Fortbildungs- und Rekrutierungsprogramme entgegen und hat zum Ziel mittelfristig selbst Lerntherapeuten ausbilden zu können.

Frau Drieschner stellt neben ihrer beruflichen Vita die Rahmenbedingungen der angebotenen Leistungen dar. Insbesondere wird betont, dass die Schulen nicht in der Lage sind, die besonderen Unterstützungsbedarfe der Kinder und Jugendlichen durch das bestehende Personal und fehlende Fachkenntnisse im Bereich der Lerntherapie abdecken zu können. **Frau Drieschner** betont weiterhin, dass sie trotz der Freiwilligkeit des Angebotes ausgebucht ist und von Eltern, Schülern und Lehrkräften akzeptiert wird.

Frau Koop stellt ihre berufliche Vita vor und berichtet, dass sie aktuell den Fernlehrgang Kleinstkindpädagogik absolviert, was ebenfalls von der Gemeinde Großheide gefördert und unterstützt wird.

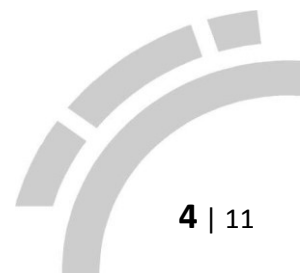
Herr Grensemann hat zusätzlich zum Erzieher die Qualifikation des Heilerziehungspflegers erworben und ist vormittags im Kindergarten der Gemeinde Großheide tätig. Auch er befindet sich aktuell in einer Fortbildung, um die lerntherapeutischen Angebote der Gemeinde weiter ausbauen zu können.

Frau Drieschner betont, dass die Lerntherapie wichtige Kulturtechniken vermittelt und einigen Schüler*Innen das Abitur bzw. den Zugang zum Studium ermöglicht hat.

TOP 7 **Vorstellung der Fachplanung "Erziehungsberatungsstellen im Landkreis Aurich"**

Herr von Prüssing erläutert die Entstehungsgeschichte der Erziehungsberatungsstellen. Zusätzlich zu den bereits bestehenden Außenstellen in Aurich, Großefehn, Norden, Norderney und Pewsum wurde vor wenigen Wochen auch eine Außenstelle im umgebauten Gebäudetrakt der ehemaligen Förderschule Großheide eingerichtet.

Im weiterem berichtet **Herrn von Prüssing** über wesentliche Ergebnisse der Fachplanung Erziehungsberatungsstellen (siehe Anlage 1 zum Protokoll). Grundlage der Fach-



planung sind neben statistischen Daten auch eine freiwillige, anonyme Klientenbefragung, sowie qualitative Einschätzungen der Mitarbeiter*innen beider Erziehungsberatungsstellen. Die Fallzahlen des Jahres 2018 wurden im 13. Jugendhilfeausschuss im November 2019 bereits präsentiert.

KTA Biller erkundigt sich nach dem Beratungsaufkommen der Gemeinden Ihlow und Norderney. **Herr von Prüssing** erläutert, dass aus Ihlow auffallend wenig Beratungsfälle und aus Norderney ca. 50 Fälle registriert sind. Beide Gemeinden sind auch im Bereich der stationären Hilfen zur Erziehung unterrepräsentiert und wären daher sozialräumlich betrachtet unauffällig.

Die Ergebnisse in den Regionalräumen Norden und Aurich müssen nach Erläuterungen von **Herrn von Prüssing** getrennt betrachtet werden, da die statistische Erfassung der Altersstruktur von beiden Beratungsstellen in unterschiedlichen Intervallen erfasst wird.

KTA Warmulla fragt in diesem Zusammenhang, ob eine Tendenz der Beratungen nach der Alterszusammensetzung zu erkennen ist. **Herr von Prüssing** erläutert hierauf, dass aktuell hauptsächlich Jugendliche und junge Volljährige das Beratungsangebot in Aurich in Anspruch nehmen. Es fehlt bislang die Schnittstelle zu den Akteuren der frühkindlichen Bildung und der Frühen Hilfen, die oftmals Eltern auf die Angebote aufmerksam werden lassen. Ähnlich ist es auch in den Erziehungsberatungsstellen im Bereich Norden, wobei sich hier frühkindliche Angebote durch eine engere Vernetzung der Akteure häufiger und besser vermitteln lassen.

Herr von Prüssing erläutert, dass eine Prävention im Vorfeld von erzieherischen Hilfen durch Angebote der frühkindlichen Bildung und frühe Hilfen geleistet wird. Daher sei es wichtig Primär-, Sekundär- und Tertiärpräventive Hilfen miteinander nach Lebensphasen orientiert zu vernetzen und auf gelingende Übergänge an den Schnittstellen zwischen Hilfesystemen (z.B. Übergang Frühe Hilfen in die Kindertagesbetreuung, usw.) hinzuwirken. Das Modell der Präventionsketten kann hier einen praxisorientierten Ansatz für den Landkreis Aurich bieten. Das erste Glied einer Präventionskette für den Landkreis Aurich stellen die Frühen Hilfen dar, die beständig weiter ausgebaut werden.

Herr von Prüssing stellt klar, dass das Amt für Kinder, Jugend und Familie eine Präventionskette bis zum Alter des Schuleintritts gut gestalten kann, danach jedoch eine hohe Abhängigkeit zum Bildungssystem besteht. Weiterhin ist es zwingend erforderlich die Netzwerke weiter auszubauen und die Erziehungsberatungsstellen als zentralen Akteur noch stärker einzubinden.

KTA Jeromin-Oldewurtel ist unklar, wie von Prävention gesprochen werden kann, wenn die betroffenen Kinder- und Jugendlichen weiter in einem Fördersystem bleiben. Auf diese Fragestellung hin erläutert **Herr von Prüssing** nochmals die Unterschiede primär-, sekundär- und tertiärpräventiver Angebote und stellt beispielhaft einen Übergang in einer Präventionskette dar. Weiterführend fragt die **KTA Jeromin-Oldewurtel**, ob die Prävention über die handelnden Akteure im Fördersystem und nicht über die Anliegen der Familien gesteuert wird. Diese Frage wird von **Herrn von Prüssing** bejaht, da durch die Informationsweitergabe zwischen den Fördergliedern die jeweiligen Unterstützungsbedarfe nicht verloren gehen können.

KVOR Wunsch betont, dass Kinder und Familien mit Förder- und Unterstützungsbedarfen nicht verloren gehen dürfen, genau hier setzte die Präventionskette an. **KTA Jero-**



min-Oldewurtel merkt an, dass dieser enge Zusammenhang vorher so nicht erkannt wurde.

KTA Warmulla hinterfragt in diesem Zusammenhang die räumliche Akzeptanz der Erziehungsberatungsstellen; die Frage sei, ob alle Außenstellen die identischen Ziele verfolgen und die räumliche Ausstattung vergleichbar ist. Möglicherweise gebe es hier Zusammenhänge zwischen den Möglichkeiten ein Beratungsangebot anonym wahrzunehmen und der Kontaktaufnahme. Hier erläutert **Herr von Prüssing**, dass die räumliche Ausstattung tatsächlich unterschiedlich ist, allerdings sich auch die Struktur der Sozialräume stark unterscheiden.

Aufgrund dieser Erläuterungen wird durch **KTA Warmulla** hinterfragt, welche Ressourcen aus Sicht des Vortragenden benötigt werden, um Quantität und Qualität zu steigern. Er antwortet, dass aus seiner Sicht mehr Koordination sinnvoll wäre.

Durch die **KTA Jeromin-Oldewurtel** wird hinterfragt, ob die Beratungsangebote in Emden für die Bürger des Landkreises Aurich ebenfalls kostenlos sind.

Durch **Frau Goede** (Leiterin der Erziehungsberatungsstelle Norden) wird ergänzt, dass Emden grundsätzlich nicht von den Bürgern des Landkreises in Anspruch genommen werden sollten, da hier landkreisübergreifende Absprachen zwischen den Führungskräften der Erziehungsberatungsstelle existieren. Auch innerhalb des Kreisgebietes haben sich AWO und LK Aurich auf räumliche Grenzen geeinigt. Bevor Familien aber – z.B. wegen Anonymitätsorgen – Beratungen nicht wahrnehmen, könne es im Einzelfall aber zu anderen Lösungen kommen.

Frau Higgen betont die Notwendigkeit einer durchgängigen Präventionsarbeit, damit die geleistete Arbeit auch nach dem Schuleintritt spürbar bleibt. Diese Aussage wird durch **KTA Bracklo** untermauert, da mit einer frühen und konstanten Präventionsarbeit spätere Glieder der Förderkette überflüssig werden bzw. intensivere Erziehungshilfen vermieden werden.

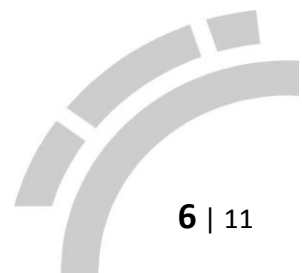
TOP 8 **Beschluss über die Neufassung der Richtlinie zur Vollzeitpflege gem. § 33 SGB VIII**
Vorlage: IX/2020/044

Dem Jugendhilfeausschuss wurde durch **Frau Schulz** die Höhe des neuen Pflegegeldes und der ergänzenden Sachleistungen ausführlich dargelegt.

Die neue Richtlinie stellt unbestimmte Rechtsbegriffe dar und beschreibt die Voraussetzungen für den Bezug von Leistungen umfassender. In diesem Zusammenhang wird auch betont, dass die Richtlinie zur Familiären Bereitschaftspflege in die Richtlinie zur Vollzeitpflege aufgenommen wurde. Das Amt für Kinder, Jugend und Familie hat sich den Empfehlungen des Deutschen Vereins bei der Ausgestaltung der Vollzeitpflege-richtlinien angeschlossen.

Der **KTA Reinders** und **der Vorsitzende** verweisen auf die vorliegende Anlage zum Beschlussvorschlag.

Durch die **KTA Bracklo** wird angezeigt, dass bei künftigen Beschlussvorschlägen die Änderungen zur besseren Vorbereitung aufgezeigt werden sollten. Inhaltlich stellt sich auch die Frage, wieso einerseits auf eine wirtschaftliche Unabhängigkeit der Pflegeeltern gesprochen wird, gleichzeitig aber von SGB II-Bezug bei gleichzeitigem Pflegever-



hältnis gesprochen wird. **Frau Liebert** stellt hier den Bezug zur Verwandtenpflege dar; ein Leistungsbezug kann hier häufig nicht vermieden werden. Weiterhin sind die Lebensumstände der Pflegeeltern dynamisch, dadurch kann ein SGB II-Bezug auf die Gesamtdauer einer Unterbringung nicht ausgeschlossen werden. Die Regelung dient insoweit als Auffangtatbestand um den Fortbestand des Pflegeverhältnisses nicht zu gefährden.

Der **KTA Warmulla** merkt positiv an, dass die Vorgaben des Deutschen Vereins grundsätzlich anerkannt werden. Gleichzeitig hält die Fraktion DIE LINKE. es für diskussionswürdig, dass hinsichtlich des Kostenbeitrages 75 % des vom Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen erzielten, aktuellen Einkommens herangezogen wird. Der Deutsche Verein und andere Stellen gehen davon aus, dass das Vorjahreseinkommen betrachtet werden müsse um den Eintritt in Ausbildung- und Erwerbstätigkeit ohne finanzielle Nachteile zu gestalten.

Herr Burmeister stellt klar, dass aktuell beim Amt für Kinder, Jugend und Familie fünf Klagen zu dieser Rechtsfrage anhängig sind. Das Verwaltungsgericht hat diese bis zur Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts ruhend gestellt, eine Entscheidung wird innerhalb des Jahres 2020 erwartet. Die aktuelle Auffassung zur Heranziehung ist aus seiner Sicht korrekt und deckt sich mit der Meinung der Landesarbeitsgemeinschaft der Jugendämter.

Die KTA Jeromin-Oldewurtel merkt an, dass man die Regelungen zum Kostenbeitrag unabhängig von den anhängigen Klageverfahren nach den Vorschlägen des Deutschen Vereines hätte fassen können. Weiterhin ist für sie unklar, warum die Richtlinie erst jetzt geändert wird, obwohl der Deutsche Verein die Höhe des Pflegegeldes jährlich bestimmt.

Durch den **EKR Dr. Puchert** wird klargestellt, dass die reine Höhe des Pflegegeldes durch das Amt für Kinder, Jugend und Familie bereits in der Vergangenheit jährlich angepasst wurde. Das Kultusministerium hat die Anwendbarkeit der Empfehlungen des Deutschen Vereins hinsichtlich des Pflegegeldes ausdrücklich angeordnet. Hierauf stellt die **KTA Jeromin-Oldewurtel** die Frage, warum der Jugendhilfeausschuss dann einer neuen Richtlinie zustimmen muss. **Frau Liebert** betont an dieser Stelle nochmals die eingangs genannten Klarstellungen und redaktionellen Änderungen.

Frau Farny-Carow hinterfragt, ob die Sonderleistungen nach Art und Umfang nun festgeschrieben sind. **Frau Schulz** teilt hierauf mit, dass diese Leistungen nicht statisch sind, das Amt für Kinder, Jugend und Familie künftig jährlich die neuen Ansätze im Rahmen einer Richtlinienüberarbeitung vorstellen möchte.

Es wird durch den **KTA Tammen** um Erläuterung der Fallzahlen gebeten. **Frau Liebert** teilt hierauf mit, dass bei den im Beschlussvorschlag dargelegten Fallzahlen beachtet werden muss, dass Pflegeverhältnisse ineinander übergehen, so kann wegen komplexer Fallgestaltungen aus einer Vollzeitpflege eine sozialpädagogische Vollzeitpflege oder Sonderpflege erwachsen; Rückführungsquote ist minimal, insofern sind die Fallzahlen immer vor dem Hinblick der Dauerunterbringung zu betrachten.

Der **KTA Warmulla** betont nochmals den Wunsch einer finanziell abgedeckten Regelung zur Kostenerstattung. Es wird beantragt die Sitzung des Jugendhilfeausschusses zu unterbrechen um Herrn Thomas Melchers vom APFEL e.V. (Adoptiv- und Pflegeeltern in Ostfriesland) die Möglichkeit einer Wortmeldung zum Kostenbeitrag zu geben.

Sodann wird die Sitzung zwischen 16:43 Uhr bis 16:47 Uhr unterbrochen. Herr Melchers lobt in dieser Zeit die Orientierung an den Empfehlungen des Deutschen Vereins, bittet aber den Jugendhilfeausschuss auch darum die Verwaltung mit der Findung einer abgefederten Kostenregelung zu beauftragen.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung erläutert der **EKR Puchert** nochmals die Bindung der Verwaltung an das Gesetz. Die aktuelle Rechtslage erlaubt kaum Ermessensspielräume.

Frau Pansegrau weist darauf hin, dass bei anderen Formen der stationären Unterbringung auch Kostenbeiträge von 75 % des laufenden Einkommens erhoben werden und eine Übervorteilung bei Unterbringung in Pflegefamilien unbedingt vermieden werden muss.

Die **KTA Bracklo** weist hin, dass Kinder, die ohnehin schon belastet sind, nun auch finanziell bestraft werden. Durch die **KTA Jeromin-Oldewurtel** wird eingeworfen, dass eine Kostenbeteiligung andererseits die Lebensrealität widerspiegelt. Auch im normalen Familiensystem müssen sich häufig Kinder an den Lebenshaltungskosten bei Arbeits- und Ausbildungsaufnahme beteiligen. Die Höhe des Kostenbeitrages sehe sie aber dennoch weiter kritisch.

Der **KTA Warmulla** hinterfragt nochmals die Rechtssystematik, es wird um Auskunft erbeten, wie lange die Verwaltung für die Umsetzung einer neuen Richtlinie bedarf, sollte höchstrichterlich festgestellt werden, dass vom Vorjahreseinkommen auszugehen ist. Der **EKR Puchert** stellt klar, dass für diesen Fall die entsprechende Kostenbeitragsregelung ohne eine Richtlinienänderung umgesetzt wird.

Sodann ergeht folgender Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss beauftragt die Verwaltung, die neu gefassten Leistungen und Berechnungen zur Vollzeitpflege gemäß §33 SGB VIII zum 01.01.2020 umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 10 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0

⇒ **einstimmig beschlossen**

TOP 9 Sachstandsbericht zur Neufassung der Tagespflegesatzung

Herr Burmeister erläutert, dass die Tagespflegesatzung aktuell in einer Arbeitsgruppe unter Beteiligung der Tagespflegepersonen überarbeitet wird. Ein wesentliches Zwischenergebnis ist die Qualität der Tagespflege in den Mittelpunkt zu rücken und die Vergütung der Tagespflegeperson abhängig von der Qualifikation zu vergüten. Weiterhin ist ein Ergebnis der bisherigen Arbeiten, dass die Vergütung im Rahmen einer abgefederten Spitzabrechnungen den Bedürfnissen einer leistungsgerechten Bezahlung und eines umsetzbaren Abrechnungssystems gerecht werden kann. Ziel ist es, bis zu den Sommerferien einen Entwurf vorlegen zu können.

Der **KTA Warmulla** verweist an dieser Stelle auf den TOP 10 und fragt, ob der von ihm gestellte Antrag auch jetzt schon behandelt wird. Durch **den Vorsitzenden** wird auf die bestehende Tagesordnung verwiesen.

Die **KTA Jeromin-Oldewurtel** gibt zu bedenken, dass sich eine höhere Vergütung auch im Haushalt des Landkreises Aurich durchschlagen wird. Sie hält daher die dargestellte Zeitachse für zu lang.

Der **EKR Dr. Puchert** erläutert hierauf, dass die Auswirkungen auf den Gesamthaushalt des Kreises überschaubar sind, da die Ämter mit sozialer Prägung den überwiegenden Anteil des Finanzvolumens ausmachen.

Aus Sicht der **KTA Jeromin-Oldewurtel** darf die soziale Absicherung der Tagespflegepersonen nicht vergessen werden. Der **EKR Dr. Puchert** weist hier darauf hin, dass die Tagespflegepersonen Selbstständige sind und die Risiken einer solchen Tätigkeit nicht komplett kompensiert werden können.

Die **KITA Jeromin-Oldewurtel** merkt an, dass ohne die Tagespflege keine Sicherstellung des Rechtsanspruches im Rahmen der U3-Betreuung möglich wäre. Weiterhin ist die Tagespflege günstiger als die institutionelle Versorgung der Kinder; die Einsparungen müssten daher denen zugutekommen, die die Versorgung der Kinder sicherstellen. Der **EKR Dr. Puchert** weist darauf hin, dass trotz dieser wichtigen Aufgabe die Eigenverantwortlichkeit der Tagespflegepersonen nicht aufgelöst wird. Auch bezogen auf den finanziellen Aspekt muss aus Sicht der Verwaltung beachtet werden, dass die Ressourcen begrenzt sind und durch eine hohe Vergütung in der Tagespflege andere wichtige Aufgaben nicht in Vergessenheit geraten dürfen. **Die KTA** trägt weiterhin vor, dass viele Tagespflegepersonen aus der persönlichen Not heraus diesen Beruf ergriffen haben. In bestimmten Berufsgruppen sei die Tagesmuttertätigkeit die einzige Möglichkeit ein auskömmliches Einkommen trotz eigener Familie zu erzielen.

Der **EKR Dr. Puchert** erläutert hierauf, dass es kein Kostengefälle für die Eltern zwischen institutioneller Betreuung und Tagespflege gibt. Aus fachlicher Sicht ist die institutionelle Betreuung allein schon vor dem Hinblick des vorangeschrittenen Krippenausbaus zu bevorzugen. Es muss auch allen Beteiligten bewusst sein, dass neben der Regelung der Vergütung an die Tagespflegepersonen auch die Heranziehung der Eltern bedacht werden müssen. Hier werden und müssen neue Regeln geschaffen werden, auch sei mit neuen Grenzfällen zu rechnen. **Die KTA Bracklo** bittet hier um eine Erläuterung des Begriffes Grenzfälle, der vom **EKR Dr. Puchert** im Hinblick auf niedrige Haushaltseinkommen dargelegt wird; Berechnungen hierfür werden im Rahmen der Satzungsüberarbeitung durch das Amt für Kinder, Jugend und Familie erfolgen.

Die **KTA Bracklo** bittet nochmals darum den Aspekt der Altersabsicherung zu beachten; durch die Selbstständigkeit der Tagespflegepersonen fehlen Einzahlungen in die gesetzliche Rentenversicherung.

Der **KTA Warmulla** regt an im Zuge der Satzungsüberarbeitung nicht nur die finanziellen Faktoren zu würdigen. Es gehe auch um die Kernfrage der Leistung und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Es stelle seiner Ansicht nach ein großes Versäumnis dar, über einen Zeitraum von acht bis neun Jahren keine Erhöhung der Sach- und Anerkennungsbeträge vorgenommen zu haben. Weiterhin sei der Eindruck entstanden, dass erst nachdem sich die Tagespflegepersonen organisiert haben, das Thema mit Nachdruck verfolgt worden sei. Das gesamtgesellschaftliche Problem der schlechten Bezahlung für Berufe und Tätigkeiten im sozialen Bereich lasse sich auch im Falle der Tages-



pflegepersonen erkennen. Aus Sicht des **KTA** übernehmen die Tagespflegepersonen die Betreuungsaufgabe primär aus Idealismus heraus. Aktuelle Empfehlungen zur Vergütung der Tagespflege gehen aktuell von 5,00 € pro Stunde aus und fordern eine Anlehnung an die Bezahlung der Kita-Kräfte. Auch betont **der KTA** die Beibehaltung der bisherigen Kontingentregelung, da diese finanzielle Sicherheit für die Tagespflegepersonen schafft. Diese seien häufig auf die Einkünfte aus der Tagespflege angewiesen. Hinsichtlich des Kostenbeitrages wird darauf verwiesen, dass die Eltern, die ihre Kinder in Tagespflege betreuen lassen, aus seiner Sicht zu 80 % Alleinerziehende seien.

Die **Frau Dr. Störiko** befürwortet, dass die neue Tagespflegesatzung den Fokus auf die Qualität legt. Insbesondere in der Betreuung der U3-Kinder werden wichtige Weichen für die seelische Entwicklung gestellt.

Herr Burmeister erläutert den gesetzlichen Auftrag von Bildung, Betreuung und Erziehung. Diese drei Komponenten der Tagespflege sind dabei gleichberechtigt und müssen auch bei den Folgefragen zum Mindestbetreuungsumfang gewürdigt werden.

Die KTA Jeromin-Oldewurtel zeigt auf, dass sie davon ausginge, dass bei einer Vermittlung vom Amt für Kinder, Jugend und Familie und einer damit entstehenden Abhängigkeit der Tagespflegepersonen von den behördlichen Entscheidungen für sie immer selbstverständlich gewesen sei, dass diese Trias eingehalten wird. Auch gibt sie zu bedenken, dass das Amt weiterhin für die Tagespflegepersonen attraktiv bleiben muss, da diese auch in Zukunft für die Sicherstellung der Kinderbetreuung benötigt werden.

TOP 10 **Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 04.02.2020; Verbesserung der Vergütung in der Kindertagespflege**
Vorlage: IX-AF/2020/003

Aufgrund der vorangegangenen Diskussion zum Thema Tagespflege wird der Antrag der Fraktion DIE LINKE. zur weiteren Beratung in die Fraktionen gegeben.

Der **KTA Warmulla** betont nochmals, dass sich schnell etwas an den aktuellen Bedingungen für die Tagespflegepersonen ändern muss.

TOP 11 **Mitteilungen der Verwaltung**

Es liegen keine Mitteilungen der Verwaltung vor.

TOP 12 **Verschiedenes, Wünsche, Anregungen**

Die **KTA Bracklo** fordert die Verwaltung auf zukünftig weniger Punkte auf die Tagesordnung zu setzen und dafür mehr Raum für Diskussionen zuzulassen.

Durch die **KTA Jeromin-Oldewurtel** wird gefordert klare Regelungen zur Vortragszeit zu schaffen. Auch der Umgang mit den Anträgen müsste überdacht werden und ggf. Regelungen in die Geschäftsordnung aufgenommen werden.



TOP 13 **Einwohnerfragestunde**

Wortmeldungen oder Fragen lagen nicht vor.

TOP 14 **Schließung der Sitzung**

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 17:35 Uhr.

gez. Behrends
Vorsitzender

gez. Weimer
Protokollführerin

